

Interpellation I

Freie Liste will Sozialmissbrauch bekämpfen

VADUZ Angesichts der angespannten Haushaltslage will die Freie Liste dem Sozialmissbrauch den Kampf ansagen und fragt die Regierung, wie sie mit Missbrauchsfällen, die im Zuge der jüngsten Steueramnestie aufgedeckt wurden, umzugehen gedenkt. Offenbar gebe es in Liechtenstein eine nennenswerte Anzahl von Personen, die sich Sozialleistungen erschleichen, erklärt die Freie Liste in einer jüngst eingebrachten Interpellation an die Regierung. Beweis dafür ist den Interpellanten eine Landtagsdebatte vom vergangenen Juni, bei der Regierungsrat Mauro Pedrazzini anlässlich der Diskussion des Rechenschaftsberichts 2013 erwähnte, dass im Zuge der Selbstanzeigen bei der letzten Steueramnestie etliche Fälle aufgetreten seien, in denen Versicherte zu Unrecht Prämienverbilligungen für Einkommenschwache bezogen hätten. Nicht weniger als 300 000 Franken hätten dabei von den Versicherten zurückgefordert werden müssen. Damit nicht genug, droht einem Betrüger nach Krankenversicherungsgesetz zusätzlich eine Anzeige mit einem Strafrahmen von bis zu sechs Monaten Haft oder einer Geldstrafe von bis zu 360 Tagessätzen. Die Freie Liste möchte nun von der Regierung wissen, ob und wenn ja in wie vielen Fällen eine Anzeige erstattet wurde bzw. ob zu Unrecht bezogene Prämienvergünstigungen auch unter eine Amnestieregelung fallen könnten. Anlässlich der aufgedeckten Prämienbetrugsfälle verlangen die Interpellanten nun eine Durchforstung des gesamten Systems, unter anderem ob es auch Fälle von zu Unrecht bezogenen AHV-Ergänzungsleistungen und weitere Delikte gegeben hat und sie wollen wissen, wie in diesen Fällen vorgegangen wurde. Durch die Schwarzgelddebatten der jüngsten Vergangenheit sei das Thema Steuerhinterziehung in der Gesellschaft in ein sensibleres Licht gerückt worden - das Thema Sozialmissbrauch soll nach Ansicht der Freien Liste folgen. (jm)